

5. Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) – faire Startchancen für alle

Postulat Monika Wicki (SP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Zürich), Christa Stünzi (GLP, Horgen) vom 11. November 2019

KR-Nr. 340/2019, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Martin Hübscher hat an der Sitzung vom 3. Februar 2020 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Monika Wicki (SP, Zürich): Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind für alle Familien herausfordernd. Die ersten Lebensjahre sind aber auch für die gesamte spätere psychische und physische Gesundheit des Kindes prägend. Gelingt ein guter Start, so verbessern sich die Gesundheits- und Bildungschancen deutlich. Kinder sind darum ab Geburt auf eine liebevolle Umgebung angewiesen. In den meisten Fällen erhalten sie dies in der Familie. Eine Familie lebt aber nicht isoliert in einer Höhle. Damit Kinder gut aufwachsen können, brauchen sie und ihre Familien die Unterstützung und Förderung durch die Öffentlichkeit. Insgesamt sind also gute Rahmenbedingungen seitens der Familie und der familienunterstützenden und -ergänzenden Massnahmen in einem qualitativ hochstehenden Bildungssystem nötig. Dies hat einen entscheidenden Einfluss auf die späteren Bildungsphasen des Kindes, auf sein ganzes Leben.

Wer Kinder gut fördern will, fördert diese am besten frühzeitig. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, FBBE, heisst der Fachbegriff, der weltweit verwendet wird, um die wichtigen Faktoren beim Aufwachsen der Kinder zu benennen. Oft wird dafür auch der Begriff «Frühe Förderung» verwendet. Wichtig ist: Es geht nicht um eine Verschulung der Kinder, bevor sie laufen lernen. Es geht nicht darum, vorwiegend die Ambitionen der Eltern zu bedienen. Bei der Frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung geht es darum, dem Kind beim Start seiner Bildungsbiografie die bestmögliche Entwicklung zu gewährleisten. Und dazu braucht es verschiedenste Angebote für Familien wie auch für Kinder. Sie reichen von den vor- und nachgeburtlichen Angeboten, Maternity Care, über Beratungs- und Begleitungsangeboten von Familien, beispielsweise Mütter- und Väterberatung, zu frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten wie Kitas und Spielgruppen, sie reichen auch von der Elternbildung bis zu Treffpunkten für Familien, Familienzentren und so weiter. Alle diese Angebote können nur dann ihre optimale Wirkung entfalten, wenn sie allen zugänglich und qualitativ hochwertig sind.

Viele dieser Angebote sind aber private Initiativen. Sie sind oft in verschiedenen Bereichen angesiedelt, unverbunden und unkontrolliert. Über die Qualität der Angebote lässt sich nur wenig sagen. Darum haben in den letzten Jahren Bund, Kantone und Gemeinden, aber auch private Initiativen und freie Stiftungen durch

Konzepte, Studien und Förderprogramme begonnen, die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen der Kinder zu verbessern. Im Februar 2019 publizierte die Schweizerische UNESCO-Kommission den Bericht «Eine Politik der Frühen Kindheit – Eine Investition in die Zukunft». Der Bericht bietet Inspiration und Argumente, um bisher fehlende gesetzliche Grundlagen zur Förderung der FBBE zu schaffen. Denn solide verfassungsmässige und gesetzliche Grundlagen auf Ebene von Bund und Kantonen müssen geschaffen werden.

Am 3. Februar 2021 ist der Bericht des Bundesrates in Erfüllung zweier Postulate zu diesem Thema erschienen. Der Bundesrat nimmt darin eine Auslegeordnung der rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten sowie der aktuellen Tätigkeiten der drei staatlichen Ebenen vor. Da die Kantone und Gemeinden für die Politik der frühen Kindheit zuständig sind, sieht der Bundesrat die Rolle des Bundes primär bei der Verbesserung der Datengrundlagen, der Koordination von staatlichen Massnahmen und der Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches. In einer Medienmitteilung zeigt sich Alliance Enfance besorgt: Der Bericht ist aus Sicht von Alliance Enfance unbefriedigend und eine verpasste Chance, um der frühen Kindheit mit entsprechenden Massnahmen auch auf Bundesebene die nötige Bedeutung zukommen zu lassen.

Umso wichtiger ist es nun, dass der Kanton die Chance nutzt. Der Handlungsbedarf bleibt gross. Um eine optimale Wirkung zu entfalten, müssen die Schnittstellen und Ebenen der Bildungs-, Sozial-, Integrations- und Gesundheitspolitik aufeinander abgestimmt werden. Wenn es nicht gelingt, eine kohärente Politik auf den verschiedenen staatlichen Ebenen, zwischen den verschiedenen Departementen, unter Beizug der Zivilgesellschaft zu etablieren, bleiben die bisherigen Massnahmen ein Flickwerk mit wenig Wirkung. Der Regierungsrat wird darum aufgefordert, die bestehenden Angebote im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung directionsübergreifend besser zu vernetzen, auf der Grundlage der Empfehlung der schweizerischen UNESCO-Kommission das bestehende Angebot zu überprüfen und unter der gemeinsamen Federführung der Gesundheits-, der Justiz- und der Bildungsdirektion eine umfassende, bereichsübergreifende Strategie zu entwickeln und die notwendigen gesetzlichen Grundlagen anzupassen oder auch zu ergänzen. Die Strategie soll aufzeigen, wie die Angebote für alle gewährleistet werden können. Ebenso soll deutlich werden, wie die Qualität der Angebote sichergestellt werden kann, wie sie finanziert und untereinander vernetzt werden können. Insbesondere muss erreicht werden, dass auch Kinder aus benachteiligten Familien die bestehenden Angebote tatsächlich nutzen. Ein solches bedarfsgerechtes Angebot bringt einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen; dies zeigen verschiedene Studien. Eine Politik der frühen Kindheit schafft Rahmenbedingungen, damit Angebote von hoher Qualität entstehen, die für alle erschwinglich sind. Sie orientiert sich dabei an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Bezugspersonen und hilft, gerechte Startchancen für alle zu schaffen und Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Wir danken für die Unterstützung.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Das Postulat «Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung» ist zentral. Allerdings besteht heute schon ein sehr gutes und breites Angebot für die Kleinkinder im Kanton Zürich. Kinder aus benachteiligten Familien werden bereits heute früh eingebunden und informiert und können vom ganzen kantonalen Angebot der frühkindlichen Förderung Gebrauch machen. Mütter- und Väterberatung gibt es in praktisch allen Gemeinden und Stadtkreisen, welche von allen kostenlos jederzeit während den Öffnungszeiten aufgesucht beziehungsweise auch telefonisch kontaktiert werden können. Gerade in den ersten Monaten nach der Geburt macht dies Sinn – oder auch bei späteren Fragen. Auch Familienzentren gibt es praktisch flächendeckend, die unter anderem verschiedene Spielgruppen und weitere, sogar kostenlose Kurse anbieten, wo sich Kinder und Eltern schon früh untereinander austauschen und voneinander lernen können. Ich kenne dies von meinen eigenen Kindern aus eigener Erfahrung und dies wird mir auch im Austausch mit Betreuungspersonen und anderen Eltern bestätigt. Auch in den erwähnten Spielgruppen werden fremdsprachige Kinder sofort einbezogen. Oft sind Betreuerinnen mehrsprachig und speziell dafür geschult, sich um die Kinder aller Migrationen und Bildungsschichten zu kümmern. Ich finde dies auch sehr wichtig, denn die frühe Integration und Spracherlernung ist zentral. Aber darauf wird gemäss meiner Erfahrung in den Gemeinden des Kantons Zürich heute schon viel Wert gelegt. Auch andere Eltern in verschiedenen Gemeinden bestätigen, dass die Qualität gut ist. Die Angebote werden auch rege genutzt.

In der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) waren wir seitens SVP der Meinung, dass das bestehende Betreuungsangebot sehr gut und von hoher Qualität und auch für alle zugänglich ist. Daher unterstützt die SVP dieses Postulat nicht, da es hier keinen weiteren Ausbau braucht oder kein weiterer Regelungsbedarf besteht. Daher lehnen wir es ab. Vielen Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Jedes Kind soll einen guten Start ins Leben erhalten. Gelingt dieser Start, dann gelingt es oft auch, spätere und sicher kommende Hürden besser zu meistern. Damit dieser Start aber gelingen kann, bedarf es einer Unterstützung, zumindest dann, wenn er eben vielleicht nicht ganz so optimal war. Diese Unterstützung betrifft nicht nur die Kinder direkt, sondern auch die Erziehungsberechtigten. Wie es das Wort «Erziehungsberechtigte» schon sagt, ist die Aufgabe der Erziehungsberechtigten, die Kinder zu erziehen, und an dieser Aufgabe soll sich auch nichts ändern. Jedoch ist dies eine wundervolle Aufgabe, doch oft auch eine schwierige Aufgabe. Im Englischen kennt man den Ausdruck «it takes a village», es braucht tatsächlich eine Gemeinde, denn manchmal sind zwei Erziehungsberechtigte nicht genug oder sie brauchen Unterstützung, damit sie ihre Aufgabe auch tatsächlich dem Wohl des Kindes entsprechend wahrnehmen können. Und um das geht es mit der frühen Förderung. Es geht darum, dort einzugreifen, wo es notwendig ist, jenen Erziehungsberechtigten Unterstützung zukommen zu lassen, die deren auch bedürfen, und den Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen.

Dieser Spruch, «it takes a village», trifft aber im Kanton Zürich auch in einer anderen Weise zu, in einer Weise, die uns Grünliberalen etwas Sorge bereitet. Denn heute ist es tatsächlich unterschiedlich, inwiefern die Gemeinde unterstützt, je nachdem, wohin das Kind geboren wurde. Ich gebe Nina Fehr recht, es wird schon sehr vieles, sehr Gutes geleistet, und dieses Gute wollen wir auch nicht verändern, daran wollen wir festhalten. Jedoch bedarf es besserer Vernetzung, einer guten Strategie und eben auch einer Sicherstellung, dass alle zu diesem guten Angebot Zugang haben, unabhängig davon, in welcher Gemeinde sie wohnen. Jede Familie, jedes Kind soll Unterstützung in Anspruch nehmen können, wenn sie dies brauchen, unabhängig davon, wo sie Wohnsitz haben. Die Grünliberalen sind der Ansicht, dass jede Familie die Hürden möglichst selbst nehmen soll. Doch damit das gelingt, braucht es manchmal etwas Unterstützung von allen. Es ist in unser aller Interesse, dass wir hier gemeinsam unterstützen und die Familien befähigen, dass sie die Hürden des Lebens allein und selbstständig nehmen können.

In diesem Sinne unterstützen wir dieses Postulat. Auch der Regierungsrat ist bereit, dieses Geschäft entgegenzunehmen. Er ist also der Meinung, dass es sinnvoll ist, hier eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten, die Vernetzung zu verbessern und die tatsächlichen Angebote für diejenigen zugänglich zu machen, die es auch wirklich benötigen. «It takes a village», also helfen Sie uns, damit wir wirklich jenen die Unterstützung zukommen lassen, und sicherstellen, dass es eben keine Rolle spielt, in welchem «Village», in welcher Gemeinde ein Kind geboren wird.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Dieses Postulat unterstützen wir Grüne sehr gerne. Es ist längst bekannt, dass die Schweiz kein «Hirsch» ist, wenn es um eine kohärente und koordinierte Politik der frühen Kindheit oder, wie es hier genannt wird, um eine kohärente Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung geht. Genau deshalb wurde 2019 auch im nationalen Parlament das Postulat «Strategie der frühen Förderung – geht es den Kindern gut, geht es der Schweiz besser» überwiesen. Der Bundesrat – wir haben es bereits gehört – hat seine Auslegeordnung und Entwicklungsmöglichkeiten auf Bundesebene erst gerade diesen Februar 2021 veröffentlicht. Diese Auslegeordnung gibt in Bern viel zu reden, und wir dürfen gespannt sein, auf welche Schwerpunkte und Verbesserungen sich die nationalen Parteien in nächster Zeit einigen werden. Auch die NZZ hat die frühe Förderung vor kurzem als eines von vier Handlungsfeldern beschrieben, wo die Schweiz mehr tun kann, ja, mehr tun muss, um ihr Humankapital noch besser und vor allem auch noch fairer auszuschöpfen. Dass Bildung bereits in der frühen Kindheit beginnt, ist heute breit anerkannt. Eine Politik der frühen Kindheit ist aber deshalb so anspruchsvoll, weil es eine ausgesprochene Querschnittspolitik ist. Sie umfasst Aspekte der Gesundheit, der sozialen Sicherheit, der Integration und/oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Entsprechend haben wir es auch mit einer vielseitigen Angebotslandschaft zu tun, auf diese hat Monika Wicki detailliert hingewiesen.

Wie es dem Föderalismus entspricht, sind in unserem Land alle drei Staatsebenen in die Politik der frühen Kindheit involviert. Kohärenz ist also nur dann möglich,

wenn diese staatlichen Ebenen gut zusammenarbeiten und ihre Leistungen optimal aufeinander abstimmen, selbstverständlich immer unter Bezug der Zivilgesellschaft. Auch unser Kanton verfügt über eine Strategie der frühen Förderung, dies seit 2012. Und auch der Regierungsrat weiss, dass es Zeit ist, diese Strategie weiterzuentwickeln, das schliessen wir aus seinem Legislaturziel «Kinder mit besonderem Förderbedarf identifizieren und mit Blick auf einen guten Start in die Volksschule gezielt unterstützen». Die entsprechende Vorlage lässt – coronabedingt – auf sich warten. Das Postulat kann daher auch als Unterstützung des Regierungsrates verstanden werden.

Uns Grünen ist in Anlehnung an den im Postulat erwähnten Bericht der Schweizerischen UNESCO-Kommission für eine Politik der frühen Kindheit, eine Investition in die Zukunft, Folgendes wichtig: Im Zentrum einer solchen Politik müssen die Kinder und ihre Familien stehen. Es geht also um eine altersgerechte Unterstützung des kindlichen Lernens und Entdeckens der Welt und um eine Stärkung der Familien. Die Angebote müssen allen Kindern und Familien zugänglich sein und so weit wie möglich freiwillig bleiben. Wichtig ist, dass sie vor allem auch für alle finanziell tragbar sind. Die Angebote haben von hoher Qualität zu sein. Dies bedingt entsprechend gut ausgebildete Fachpersonen und gute Rahmen- und auch Arbeitsbedingungen. In diesem Sinne unterstützen wir Grüne auch die Forderungen des Postulates, die heutige Angebotslandschaft zu überprüfen, diese sektorenübergreifend besser zu vernetzen und die bestehende Strategie bereichsübergreifend weiterzuentwickeln und, wo notwendig, auch für die gesetzlichen Anpassungen zu sorgen. Wir Grüne überweisen das Postulat. Faire Startchancen für alle, ja, das muss unser gemeinsames Ziel sein.

Carola Etter (FDP, Winterthur): Vieles des Gesagten kann ich nur unterstützen. Ich möchte aber aus Sicht der FDP noch einige «Aber» oder Konkretisierungen anbringen. Aus unserer Sicht ist die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung fundamental. Sie legt den Grundstein für die weitere Bildungslaufbahn jedes Kindes, ermöglicht damit allen einen fairen Start und kann teure Folgekosten verhindern. Deshalb unterstützen wir eine Überprüfung der bestehenden Massnahmen und die Entwicklung einer bereichsübergreifenden Strategie absolut. Eine Strategie hilft für die Zusammenarbeit und für die zielführende Fokussierung der Frühförderung. Deshalb wollte auch der Regierungsrat das Postulat entgegennehmen. Ob es aber Gesetzesanpassungen braucht und welche das sind, wird der Bericht schon zeigen.

Für die FDP kommt das Postulat zur Unzeit. Regierungspräsidentin Silvia Steiner hat die Frühförderung zu einem ihrer Legislaturschwerpunkte ernannt, und kein Jahr später wurde dieses Postulat eingereicht, nicht mal ein halbes Jahr später. Eigentlich hat die Bildungsdirektorin damit Erwartungen geweckt und wir hätten auch diesen Bericht mal abwarten können, bevor wir weitere Berichte fordern. Da die FDP aber davon ausgeht, dass die Bildungsdirektion bei einem Legislaturschwerpunkt an der Erarbeitung einer Berichterstattung ist, ist anzunehmen, dass die hier verlangten Ausführungen nicht allzu viel Zusatzaufwand verursachen. Wir unterstützen deshalb das Postulat.

Natürlich sollen die Angebote der FBBE auch Kindern aus benachteiligten Familien zugänglich gemacht werden, aber wir möchten noch einige Aspekte zu bedenken geben: Der Regierungsrat wird gebeten, im Bericht die möglichen Folgekosten darzulegen. Die UNESCO-Empfehlungen sollen als Leitschnur zur Überprüfung dienen, aus unserer Sicht aber nicht als absolutes Vorbild. Denn diese Empfehlungen gehen sehr weit, teilweise zu weit. Und wir müssen auf die Kantonsfinanzen achten und die Kosten im Griff haben. Wir sind uns bewusst, dass neue Massnahmen durchaus kosten werden, aber diese Kosten fallen ohnehin an – wenn nicht vor dem Schuleintritt, dann in oft höherem Ausmass nach dem Schuleintritt. Und es darf nicht vergessen werden, dass Kinder, die mit Defiziten in den Kindergarten eintreten, die gesamte Schulklasse in ihrem Vorwärtkommen beeinflussen. Aber wir dürfen diese Massnahmen nicht durch sinnlose Bürokratie, beispielsweise durch Vorschriften zur Raumgrösse, verteuern. Deshalb geben wir Acht auf die Kosten bei den neuen Massnahmen.

Die Eigenverantwortung der Eltern – dazu haben wir von der GLP auch schon einiges gehört – steht für uns im Vordergrund. Sie darf nicht schon vor dem Kindergarten übersteuert werden, und Eltern sollen ihrer Verantwortung auch nachkommen. Ich möchte ein Beispiel zum Spracherwerb nennen: Nach wie vor kommt so manches Kind mit schlechten Deutschkenntnissen in den Kindergarten, obwohl teilweise sogar ein Elternteil Schweizerdeutsch spricht. Hier wären auch diese Eltern gefragt, und sie sollen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Der Markt, ein letzter Punkt, an Angeboten in der Frühförderung ist riesig und es gibt viele private Player mit guten Angeboten in diesem Bereich. Sie sollen aus Sicht der FDP unbedingt in die Weiterentwicklung der FBBE einbezogen werden. Wir bitten den Regierungsrat, diese Punkte zu berücksichtigen, und werden das Postulat somit überweisen.

Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen): Die frühkindliche Förderung zahlt sich immer aus, natürlich in erster Linie für die Kinder, aber sie vereinfacht auch den Eintritt in den Kindergarten und bringt so eine Entlastung für die Schule. Und jede erfolgreiche Schullaufbahn hat auch einen volkswirtschaftlichen Einfluss. Natürlich schaffen es die meisten Eltern selbstständig, ihr Kind entsprechend zu fördern. Aber dennoch ist der Anteil der Kinder, welche schon im ersten Kindergarten Mühe haben, steigend. Diese Kinder gilt es früher abzuholen. Leider ist es so, dass sich die Situation im Kindergarten insofern verschärft hat, dass es vereinzelt Kinder gibt, welche sehr schwer im Regelkindergarten integriert werden können. Frühere Interventionen können dies teilweise verhindern. Es gibt heute schon viele Angebote im frühkindlichen Bereich. Und um sie effizienter zu gestalten, ist eine gezielte Vernetzung und Bündelung wichtig. Es sollte möglich sein, dass unterstützungsbedürftige Familien vom Babyalter bis Eintritt Kindergarten nahtlos begleitet werden könnten. Wir sind aber auch der Meinung, dass Angebote, welche nicht wirklich einen Output haben, abgesetzt oder nicht mehr unterstützt werden sollen. Wichtig ist es, betroffene Familien möglichst früh zu erkennen, aber auch immer im Bewusstsein, dass wir nicht alle Familien finden werden, auch

weil diese Angebote freiwillig sein sollen. Oft helfen schon einfache Massnahmen, wie zum Beispiel mit den Kindern regelmässig draussen zu sein, ihnen Geschichten zu erzählen oder ihnen die Möglichkeit zu geben regelmässig mit Gleichaltrigen zu spielen. Die CVP wird das Postulat überweisen.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Im Kanton Zürich kommen jährlich zwischen 16'000 und 17'000 Kinder zur Welt. Für Kinder unter vier Jahren gibt es in vielen Gemeinden unterschiedliche Angebote an familienergänzender Kinderbetreuung. Für Familien gibt es Beratungsstellen und Unterstützungsangebote. Alle diese Angebote gehören zum Bereich der frühen Förderung und sind wichtig, weil sie zum Ziel haben, Kindern gute Startchancen zu ermöglichen. Nun ist der Kanton Zürich sehr gross und unübersichtlich, die Angebote sind vielfältig und von unterschiedlicher Qualität. Wir möchten mit unserem Postulat den Regierungsrat einladen, eine Politik der frühen Kindheit zu entwickeln, die bestehenden Angebote zu sichten, zu überprüfen, zu vernetzen und allfällige Lücken im Angebot zu schliessen sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, damit bezahlbare Angebote entstehen können. Frühförderung ist eine öffentliche Aufgabe, alle Kinder sollen optimale Startbedingungen erhalten. Viele Kantone, wie beispielsweise unser Nachbarkanton Thurgau, haben Konzepte zur frühen Förderung entwickelt und setzen diese auch um. Bitte überweisen Sie mit uns das Postulat. Besten Dank.

Regierungspräsidentin Silvia Steiner: Das Postulat verlangt, dass der Regierungsrat die bestehenden Angebote im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung besser vernetzt, das bestehende Angebot überprüft und eine umfassende bereichsüberprüfende Strategie entwickelt, wobei insbesondere erreicht werden soll, dass auch die Kinder aus benachteiligten Familien die bestehenden Angebote tatsächlich nutzen. Es entspricht dem Legislaturziel des Regierungsrates, den Schülerinnen und Schülern sowie den Lernenden gute Chancen für eine erfolgreiche Bildung zu ermöglichen, und der zur Umsetzung vorgesehenen Massnahme, Kinder und Familien mit besonderem Förderbedarf zu identifizieren und mit Blick auf einen guten Start in die Volksschule gezielt zu unterstützen. Der frühen Förderung kommt eine zentrale Rolle im Hinblick auf eine erfolgreiche Schullaufbahn zu und mit «früher Förderung», möchte ich hier betonen, meinen wir nicht nur Drittbetreuungsangebote. Es ist erwiesen, dass ein zu spät erkannter Förderungsbedarf von Kindern im Vorschulalter während der obligatorischen Schulzeit nicht korrigiert werden kann. Auf privater und kommunaler Grundlage gibt es bereits eine Vielzahl von Angeboten zur frühen Förderung von Vorschulkindern. Handlungsbedarf besteht aber insbesondere hinsichtlich deren Vernetzung und vermehrter Inanspruchnahme durch die betroffenen Zielgruppen. Aus diesen Gründen beantragen wir, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 122 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 340/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.